

NEUE GEMEINDERÄTIN



Frauen nun auch wieder im Balzner Gemeinderat vertreten

BALZERS – Anlässlich der gestrigen Gemeinderatssitzung in Balzers hat Vorsteher Anton Eberle die VU-Vertreterin Edith Maier (unser Bild) als neue Gemeinderätin vereidigt und sie mit einem Blumenstrauss im Rat willkommen geheissen. Aufgrund des Wahlergebnisses vom 2. Februar 2003 rückte Edith Maier für den am 1. November überraschend verstorbenen Gemeinderat Alex Vogt nach. Nachdem Balzers auf Grund der Gemeindevahlen 2003 die einzige Gemeinde des Landes war, in der die Frauen in der Gemeindevertretung nicht vertreten waren, ist nun dieser Makel behoben. In der Mandatsperiode 1999-2003 waren es noch drei Frauen, die dem Balzner Gemeinderat angehörten. Das Volksblatt gratuliert Edith Maier zur Wahl und wünscht ihr in ihrem neuen Amt viel Erfüllung. (mf)

LESERMEINUNG

Warum werden solche Unwahrheiten verbreitet?

Die Leserbriefe der letzten Tage weisen ganz klar darauf hin, dass der Termin für die Landtagswahlen nicht mehr weit entfernt sein kann. Die Aussagen werden härter, aber leider auch unfair.

Dass VU-Präsident Heinz Frommelt Unwahrheiten verbreitet, ist seit seinen von Radio L diese Woche aufgedeckten Aussagen an den VU-Versammlungen erwiesen. Offensichtlich versucht diese VU-Führung solche Unwahrheiten auch über sich zuletzt im Ton auffällig ähnelnde (organisierte?) Leserbriefe zu verbreiten. Das Muster ist immer gleich und entspricht den permanenten Negativschlagzeilen im «Vaterland»: Mit Unwahrheiten und Schreckensmeldungen soll die liechtensteinische Bevölkerung verunsichert und die gute Arbeit der Regierung Hasler in den Schmutz gezogen werden. Und warum? Nur weil unser Land heute gegenüber früher wieder besser da steht? Sollen es diese Personen denn lieber, wenn Liechtenstein weiter auf der Schwarzen Liste stehen würde, wenn der Verfassungskonflikt weiter schwellen würde oder die Telefonie-Probleme weiterhin nicht behoben wären?

Frau Doris Frick aus Balzers unterzeichnete gestern einen solchen Leserbrief, in welchem behauptet wurde, dass sich die Regierung Hasler ihre eigenen Löhne erhöht hat. Diese Aussage entspricht nachweisbar nicht den Tatsachen. Werte Doris, ich frage dich: Warum verbreitest du solche Unwahrheiten? Ich ersuche dich hiermit, die Beweise für Deine Informationen zu liefern. Gerne erwarte ich deine Antwort.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass diese neuerliche Schlammschlacht gegen den verdienten Regierungschef Othmar Hasler kontraproduktiv sein wird und die Wähler/-innen am 13. März 2005 mit grosser Mehrheit unserem Regierungschef, auf den wir wirklich stolz sein dürfen, das Vertrauen aussprechen werden. David Vogt, Rheinstrasse 54, Balzers

Eine vorausschauende Finanzpolitik

Standpunkt zur Finanzplanung von Alois Beck, FBP-Landtagsabgeordneter

SCHAAN – Die Finanzplanung ist in erster Linie ein Instrument, das aufzeigen soll, welche finanziellen Entwicklungen im Staatshaushalt zu erwarten sind, wenn keine Korrekturmassnahmen ergriffen werden. Die Diskussion um die Finanzplanung 2005 bis 2009 wird von der Opposition leider nicht genutzt, um Korrekturmassnahmen zu diskutieren, sondern um die Menschen zu verunsichern.

Die Finanzplanung als längerfristiges Orientierungsmittel zeigt auf, dass bis ins Jahr 2009 jährliche Defizite anfallen könnten – wenn man bis dahin den Staatshaushalt nicht korrigiert. Diese Defizite liegen zu einem grossen Teil in den staatlichen Beitragsleistungen begründet, welche in den vergangenen Jahren die höchsten Zuwachsraten verzeichneten. Der Finanzplan wird vom Landtag zur Kenntnis genommen, eine Beschlussfassung darüber findet nicht statt.

Gesetzesanpassungen sind künftig erforderlich

Selbst bei gutem Wirtschaftswachstum kann die Aufwandsteigerung bei den laufenden Beitragsleistungen nicht finanziert werden. Das heisst, dass die Situation durch das Wirtschaftswachstum zwar gemildert, aber nicht gelöst werden kann. Das Kernproblem unseres Staatshaushaltes ist nämlich struktureller Natur. Dementsprechend muss der Aufwandsteigerung mit Korrekturmassnahmen begegnet werden. Da die Beitragsleistungen jeweils auf gesetzlichen Grundlagen beruhen, muss die Aufwandseite des Staats-



Trotz Turbulenzen an den Finanzmärkten war das Reinvermögen des Staates per Ende 2003 höher als Ende 2001: Alois Beck (FBP).

haushaltes durch gesetzliche Anpassungen korrigiert werden.

Ziel eines gesunden Staatshaushalts

Ziel derartiger Korrekturen muss es sein, langfristig einen ausgegli-

chenen Haushalt zu erreichen. Das bedeutet zugleich, dass das Aufwandswachstum auf die durchschnittliche Wachstumsrate der Wirtschaft einzudämmen ist. Mit anderen Worten: Die Ausgaben sollen nicht schneller ansteigen als das

Wirtschaftswachstum. Für die langfristige Sicherung eines gesunden Staatshaushalts ist das Schwerkraft auf die Senkung der Aufwandsteigerungen zu richten. Gleichzeitig sollen neue Einnahmequellen erschlossen werden.

Sozialstaat durch Reformen sichern

In Anbetracht dieser Überlegungen zeigt die Finanzplanung 2005 bis 2009 in erster Linie auf, dass Reformen im Staatshaushalt notwendig sind.

Es ist heute schon absehbar, dass entsprechende Reformen nur schwer durchsetzbar sein werden, da nach wie vor eine ausgeprägte Anspruchsmentalität gegenüber dem Staat besteht. Jedoch müssen wir für Korrekturen bereit sein, wollen wir den Sozialstaat auch langfristig sichern.

Staat hat mehr Vermögen

Ohne Gegenmassnahmen würde der Staatshaushalt erst recht unter Druck geraten und es käme zu einem Abbau von «Volksvermögen». Unklar ist, was die Opposition mit diesem Begriff genau meint. Fakt ist jedenfalls, dass das Reinvermögen des Staates per Ende 2003 höher war als Ende 2001 oder auch Ende 2000 – trotz konjunktureller Schwäche und Turbulenzen an den Finanzmärkten.

Das Kernproblem unseres Staatshaushaltes ist ein strukturelles Defizit. Die Regierung hat den Handlungsbedarf aufgezeigt und Wege zur Korrektur eingeschlagen – im Sinne einer vorausschauenden und verantwortungsbewussten Finanzpolitik.

Verschlechterung abgewendet

Wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe 2003 untersucht

VADUZ – «Dank der Direktzahlungen konnte eine Verschlechterung der Situation verhindert werden», so das Fazit des Landwirtschaftsministers Alois Ospelt, als er am Mediengespräch die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Landwirtschaft präsentierte.

• Peter Kindle/paff

Die Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung zeige Schwachstellen deutlich auf, erklärte Regierungsrat Alois Ospelt am gestrigen Mediengespräch. Dies wiederum erlaube eine zielgerichtete Landwirtschaftspolitik.

Seit vier Jahren lässt die Regierung eine umfassende Auswertung der landwirtschaftlichen Buchhaltungen vornehmen, die als Grundlage für den jährlich publizierten Agrarbericht dient. Durch die einheitliche Analyse und Beurteilung der betriebswirtschaftlichen Kenngrössen sind detaillierte Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft und deren Entwicklung möglich. Ebenso können die Wirkung von agrarpolitischen Entscheidungen beurteilt sowie Änderungen und neue notwendige Massnahmen geprüft werden. Inzwischen liegen die Hauptergebnisse des Rechnungsjahres 2003 vor.



Alois Ospelt zur Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe: Das Agrarpaket habe gewirkt. Jedoch sei eine Verschlechterung der Situation nur durch Direktzahlungen verhindert worden.

Das Landwirtschaftsjahr 2003 war geprägt von einem extrem heissen und trockenen Sommerhalbjahr, was sich – nebst anderen wichtigen Faktoren wie beispielsweise einem sinkenden Milchpreis oder geringeren Vertragsflächen bei Verarbeitungsgemüse – negativ auf die Ergebnisse auswirkte. Das Landwirtschaftliche Einkommen

hat sich im Durchschnitt aller direktzahlungsberechtigten Betriebe gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Prozent verringert und beträgt im Jahr 2003 65 200 Franken. Dieser Rückgang ist auf eine deutliche Verschlechterung der Ergebnisse im Talgebiet zurückzuführen (–13 Prozent). Verantwortlich für diese Entwicklung ist der tiefere Rohertrag

(Umsatz). Der Rückgang kommt durch geringere Einnahmen im Pflanzenbau (–16 Prozent) und in der Milchviehhaltung (–8 Prozent) zustande. Die landwirtschaftlichen Einkommen im Berggebiet hingegen haben sich nach der Stagnation im Vorjahr deutlich verbessert (+21 Prozent). Diese durchaus positive und auch dringend notwendige Entwicklung kann auf den Strukturwandel (Betriebswachstum) und auf die Massnahmen des Agrarpaketes 2001 zurückgeführt werden, welche im Rechnungsjahr 2003 noch verstärkt greifen.

Um einen Vergleich mit dem Lohnneinkommen von Angestellten im Industrie- und Dienstleistungssektor anstellen zu können, muss der Arbeitsverdienst je Familienarbeitseinheit (FJAE) herangezogen werden. Dieser ist über alle Betriebe gesehen im Jahr 2003 um durchschnittlich 6,5 Prozent auf 52 900 Franken zurückgegangen und liegt weiterhin deutlich unter dem angestrebten Vergleichslohn von 67 600 Franken. Nach einer Vergrößerung der Divergenz im Vorjahr nähern sich die Arbeitsverdienste des Tal- und Berggebietes im Jahr 2003 an. Der Arbeitsverdienst je FJAE beträgt im Talgebiet 54 200 Franken (–11 Prozent) und im Berggebiet 47 700 Franken (+21 Prozent).